



Die Ukraine-Krise und die Beziehungen zwischen der EU und Russland

Empfehlungen und Perspektiven

Von Martin Malek

Wien, 15. Oktober 2015

ÖGfE Policy Brief 32'2015 – Langfassung

1. Einleitung

Krieg begleitet Vladimir Putins Herrschaft über Russland seit ihrem Beginn: Dem (nach 1994 – 1996) zweiten Militäreinsatz in der separatistischen nordkaukasischen Republik Tschetschenien ab Sommer 1999 hatte er eine Welle der Popularität zu verdanken, die ihn bald darauf als Nachfolger des kranken und schwachen Präsidenten Boris El'cin in den Kreml trug; allerdings benötigte die russländische Armee dann mehrere Jahre, um den bewaffneten tschetschenischen Widerstand weitgehend zu brechen (Scharmützel dauern bis heute an). Im August 2008 marschierten russländische Truppen in Georgien ein und besetzten auch Teile von „Kerngeorgien“, d.h. Gebiete weit außerhalb der beiden separatistischen Provinzen Abchasien und Südossetien, die Moskau noch im gleichen Monat als „unabhängige Staaten“ anerkannte; damit wurden die faktischen Grenzen Georgiens mit Gewalt geändert. Die Reaktionen aus den westlichen Hauptstädten sowie aus EU und NATO auf diese klaren Völkerrechtsverletzungen sowie auf die folgende russländische Nichteinhaltung eines „Friedensplanes“¹ waren sehr zurückhaltend; der Kreml hatte keinerlei negative Konsequenzen zu tra-

gen. Ein Bericht des Außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments befand, dass

„in reaction to and despite Russia's violation of Georgia's territorial integrity in 2008, the ongoing occupation of the Georgian regions of Abkhazia and Tskhinvali region/South Ossetia, and the non-fulfilment by Russia of all its obligations under the 2008 ceasefire agreement, the EU opted for an increased cooperation model as a way to continue the engagement with Russia, for their mutual benefit; whereas, rather than taking restrictive measures, a series of initiatives for deeper cooperation – such as the common spaces, the Partnership for Modernisation, the negotiations on a New EU-Russia Agreement, and the Human Rights dialogue – have been launched or deepened.“²

Mit anderen Worten: Die EU reagierte auf Putins Politik, durch Einsatz militärischer Gewalt „Fakten zu schaffen“, nicht mit weniger, sondern sogar noch mit mehr „Kooperation“. Das hat Putin Anfang 2014 mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Entscheidung, auch die Grenzen der Ukraine mit Gewalt zu verschieben, sehr erleichtert: Er annektierte im März 2014 die Halbinsel Krim und entfesselte kurz darauf einen Krieg in der ostukrainischen Region Donbass. Und im Spätsommer

1) Er wurde von den Präsidenten Frankreichs (in seiner damaligen Eigenschaft als Vorsitzender des Europäischen Rates) und Russlands, Nicolas Sarkozy und Dmitrij Medvedev, am 12. August 2008 unterzeichnet. Diesem Dokument zufolge sollten georgische und russländische Truppen auf jene Positionen zurückkehren, die sie vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten innegehabt hatten. Moskau ist dem bis heute nicht nachgekommen.

2) Gabriellus Landsbergis: Report on the state of EU-Russia relations. Committee on Foreign Affairs, European Parliament, 13.5.2015, <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A8-2015-0162&language=EN>> (abgerufen 20.9.2015).



2015 wurde allgemein bekannt, was schon längst vermutet worden war: Moskau unterstützt den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad im seit 2011 andauernden Bürgerkrieg nicht nur politisch und diplomatisch (so mit dem Einsatz des Vetorechts im UNO-Sicherheitsrat gegen mögliche „unerwünschte“ Entscheidungen des Gremiums in Gestalt von Verurteilungen des Assad-Regimes) sowie wirtschaftlich und militärtechnisch (d.h. mit Rüstungslieferungen), sondern auch mit Militärberatern und kämpfenden Soldaten – und das, obwohl Moskau zuvor den Westen über viele Monate hinweg vor einer Unterstützung der ukrainischen Regierung gewarnt hatte, weil eine solche „den Bürgerkrieg verschärfen“ würde.

Russland ist entschieden eine revisionistische Macht, die ohne Unterlass bemüht ist, die nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion 1991 eingetretene weltpolitische Lage zu seinen Gunsten zu verändern – mit diplomatischen, ökonomischen, propagandistischen und militärischen Mitteln. Es sieht die Internationalen Beziehungen als „Nullsummenspiel“ – alles, was ihm (angeblich oder tatsächlich) nützt, gilt als schädlich für einen imaginierten (und fälschlicherweise oft weitgehend als Einheit perzipierten) „Westen“ (und umgekehrt). Das nimmt auch die Beziehungen zur EU nicht aus, die vom Konflikt in und um die Ukraine erheblich beeinflusst werden.

Vorliegende Untersuchung unternimmt es, nach einer Kurzdarstellung der Umstände, die zur derzeitigen Situation geführt haben, Thesen über russländische Einstellungen zur EU und zur Energiepolitik Empfehlungen an die EU zu formulieren und in einem Schlusskapitel mögliche bzw. wahrscheinliche Zukunftsperspektiven zu skizzieren. Der Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass die „Wahrheit“ über den Konflikt nicht in der „Mitte“ zwischen den offiziellen Positionen Kyivs und Moskaus liegt. Faktum ist nämlich: Moskau ist mit militärischer Gewalt gegen die Ukraine vorgegangen, um einen Teil ihres Territoriums an sich zu bringen und ihre Teilnahme an der europäischen Integration zu behindern. Dennoch wollen signifikante Teile der politischen

und wirtschaftlichen Eliten in der EU und ihren Mitgliedsländern so rasch wie nur möglich zurück zum „business as usual“ mit Putin.³ Dieser weiß das natürlich – und nutzt es geschickt aus.

2. Die Entwicklung der „Ukraine-Krise“⁴: Zwischen der EU und russländischen Ansprüchen

Im Mai 2013 kam die Nachricht, dass die Ukraine immerhin Beobachterstaat einer 2010 von Russland, Weißrussland und Kasachstan begründeten Zollunion wird; gleichzeitig hielt Kyiv offiziell an der Unterzeichnung eines mit der EU fertig ausgehandelten und am 30. März 2012 paraphierten⁵ Assoziationsabkommens auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in der litauischen Hauptstadt Vilnius Ende November 2013 fest. In der dritten Augustwoche 2013 führte Moskau eine de facto-Blockade sämtlicher ukrainischer Exporte auf den russländischen Markt durch; der russländische Zoll

3) Als Beispiel kann man Siemens-Generaldirektor Joe Kaeser nennen, der Putin wenige Tage nach der Annexion der Krim in Moskau traf. Kaeser nannte seine Reise „Besuch bei einem Kunden“; man ließe sich von „kurzfristigen Turbulenzen“ in der langfristigen Planung „nicht übermäßig leiten“; zitiert nach: Für Siemens-Chef ist Putin nur „ein Kunde“. T-Online, 27.3.2014, <http://www.t-online.de/wirtschaft/id_68702038/siemens-chef-joe-kaeser-sieht-in-wladimir-putin-nur-einen-kunden.html> (abgerufen 2. Oktober 2015).

4) Dieser in westeuropäischen und nordamerikanischen Medien ständig verwendete Begriff soll hier in Anführungszeichen stehen, weil es sich keineswegs um eine intern entstandene „Krise“ ohne jede „externe Komponente“ handelt – im Gegenteil: der deutsche Osteuropa-Historiker Karl Schlögel formulierte, dass es „zuerst um eine Russland-Krise“ gehe (vgl. Richard Herzinger: Wer Russland versteht, streitet für die Ukraine. In: Die Welt am Sonntag, 2./3.10.2015, S. 6).

5) Vgl. EU initials Ukraine agreement 'to keep momentum'. EurActiv, 30.3.2012 (updated 28 September 2012), <<http://www.euractiv.com/europes-east/eu-initials-ukraine-agreement-ke-news-511882>> (abgerufen 27.9.2015).



verlautbarte, alle ukrainischen Waren „überprüfen“ zu wollen. Die Regierung Russlands ließ erklären, damit nichts zu tun zu haben – es handle sich um eine „Entscheidung der Zollorgane“.⁶ Daran ließ allerdings sofort eine Erklärung von Sergej Glaz'ev, Putins Berater für „Koordination der Tätigkeit der föderalen Organe der Exekutivmacht im Rahmen der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraumes“ (gemeint: in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten/GUS), zweifeln: der Ukraine solle gezeigt werden, was sie zu erwarten hat, wenn sie das „selbstmörderische“ Assoziationsabkommen mit der EU unterzeichnet.⁷ Außerdem meinte Glaz'ev (übrigens ein Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine), dass der Ukraine für den Fall der geplanten Unterzeichnung des Assoziationsabkommens eine „wirtschaftliche Katastrophe“ drohe: so werde sie zollfrei europäische Produkte ins Land lassen, sich europäischen Gerichten unterwerfen und viele andere Folgen tragen müssen. Außerdem werde die Ukraine, so Glaz'ev weiter, möglicherweise aus der Freihandelszone der GUS ausgeschlossen.⁸ Auch das russländische Außenministerium warnte die Ukraine vor „bedeutenden Wirtschaftsproblemen“ wegen einer EU-Assoziation.⁹

Die EU legte Russland nahe, auf Druck auf die Ukraine „und andere Nachbarstaaten“, die sich an Brüssel annähern wollen, zu verzichten. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte vor dem Europäischen Parlament in Straßburg: „Wir akzeptieren keine Versuche, die souveräne Wahl dieser Staaten einzuschränken. Wir können ihnen nicht den Rücken zuwenden.“ Und laut dem EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, sind „Drohungen Russlands jeglicher Art, die mit der möglichen Unterzeichnung von Dokumenten verbunden sind, unzulässig“.¹⁰ EU-Vertreter konnten oder wollten allerdings keine klare Maßnahmen (also nicht nur Worte) für den Fall ankündigen, dass „Versuche, die souveräne Wahl [...] einzuschränken“, bzw. „Drohungen Russlands“ nicht aufhören, sodass Moskau die Demarchen aus Brüssel problemlos ignorieren konnte. Russländische Offizielle fuhren fort, für den Fall einer Unterzeichnung des ukrainischen EU-Assoziationsabkommens Schreckensszenarien zu zeichnen.

Mitunter (zwar insbesondere im Ausland) behaupteten Vertreter des Kremles, dass die „Eurasische Integration“ keinerlei politische Komponente aufweise und ausschließlich den wirtschaftlichen Bereich betreffe.¹¹ Das widersprach freilich zahlreichen anderen Deklarationen russländischer Offizieller, was sich u.a. anhand einer Aussage des russ-

6) Zitiert nach: Kabmin Rossii otreagirowal na proverku tovarov s Ukrainy. BBC Russian Service, 15.8.2013, <http://www.bbc.co.uk/russian/international/2013/08/130815_russia_ukraine_customs_fallout.shtml> (abgerufen 19.9.2015).

7) Zitiert nach: „Torgovaja vojna“ Rossii s Ukrainoj: vsemu voinoj želanie Kieva dobit'sja bespošlinnoj trgovli s ES. NEWSru.com, 19.8.2013, <http://newsru.com/finance/19aug2013/ukrus_war.html> (19.9.2015).

8) Zitiert nach: Gerhard Gnauck: Putin-Berater droht Ukraine mit „Katastrophe“. In: Die Welt, 20.9.2015, <<http://www.welt.de/politik/ausland/article118221866/Putin-Berater-droht-Ukraine-mit-Katastrophe.html>> (abgerufen 27.9.2015).

9) Moskau warnt ukrainisches Volk vor schweren Zeiten bei Assoziation mit EU. Sputnik, 29.8.2013 (aktualisiert 22.12.2014), <<http://de.sputniknews.com/>

<politik/20130829/266764543/Moskau-warnt-ukrainisches-Volk-vor-schweren-Zeiten-bei.html> (abgerufen 27.9.2015).

10) Zitiert nach: EU: Moskau darf UdSSR-Nachfolgestaaten nicht unter Druck setzen. Sputnik, 11.9.2013, <<http://de.sputniknews.com/politik/20130911/266855846/EU-Moskau-darf-UdSSR-Nachfolgestaaten-nicht-unter-Druck-setzen.html>> (abgerufen 25.9.2015).

11) Oleg Lebedev, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die GUS, Eurasische Integration und Beziehungen zu den Landsleuten, bei einem Referat in Wien (Presseclub Concordia, 13. November 2013, in Anwesenheit des Verfassers).



ländischen Außenministers Sergej Lavrov zeigte, mit der er seinen damaligen ukrainischen Amtskollegen Leonid Kožara vom „Weg in die EU“ abzubringen versuchte: „[...] es ist falsch, blind alles zu übernehmen, was es in der EU gibt. Wir müssen unsere einzigartigen zivilisatorischen Merkmale beibehalten.“¹² Eine „zivilisatorische Wahl“ (gemeint: zwischen „Eurasien“, d.h. Russland, und der EU), vor der die Ukraine stünde, erwähnte auch Glaz'ev.¹³ Das machte einmal mehr explizit, dass es sich hier um ein geopolitisches Projekt handelt, mit dem der Kreml die in Russland allgemein „nahes Ausland“ genannten Sowjetrepubliken unter seiner Kuratel halten möchte – und möglichst fern von der EU.

Die Partei der Regionen des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukovyc hatte das Anliegen des Abschlusses eines Assoziierungsabkommens mit der EU in ihr Programm für die Parlamentswahlen 2012 aufgenommen.¹⁴ Am 21. November 2013, wenige Tage vor der geplanten Unterzeichnung dieses Dokuments, gab die ukrainische Führung die Aussetzung der Vorbereitungen für die EU-Assoziierung bekannt. Der schwedische Außenminister Carl Bildt, ein erfahrener Europapolitiker, urteilte daraufhin, dass sich Kyiv „plötzlich tief vor dem Kreml verbiegt. Eine Politik des brutalen Drucks funktioniert offenbar.“¹⁵ Vier Tage später sprachen Barroso und

EU-Ratspräsident Herman van Rompuy in einer gemeinsamen Erklärung von „äußerem Druck“ auf die Ukraine. Und: „Wir missbilligen daher Position und Vorgehen Russlands in dieser Angelegenheit.“¹⁶ Janukovyc bestätigte in einem Telefongespräch mit der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė, dass Moskau gegenüber Kyiv zu „wirtschaftlichem Druck und Erpressung“ gegriffen habe, um eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu verhindern.¹⁷ Der ukrainische Ministerpräsident Nikolaj Azarov (ein ausgesprochen prorussländischer Politiker, der des Ukrainischen nur mangelhaft mächtig ist und dessen „Hauptverdienst“ in absoluter Loyalität zu Janukovyc bestand) räumte ebenfalls russländischen Druck ein.¹⁸ Eine wichtige Rolle dürfte aber auch der Umstand gespielt haben, dass Janukovyc der Forderung der EU, seine politische Erzivalin, die frühere Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, aus dem Gefängnis zu entlassen, unter keinen Umständen nachkommen wollte.¹⁹

12) Zitiert nach: Russland will Ukraine von EU-Assoziierung abhalten. Sputnik, 29.10.2013, <<http://de.sputniknews.com/zeitungen/20131029/267174977/Russland-will-Ukraine-von-EU-Assoziierung-abhalten-.html>> (abgerufen 26.9.2015).

13) Sergej Glaz'ev: Poslednij god nezavisimosti? Sergej Glaz'ev, oficial'nyj sajt, 3.9.2013, <<http://www.glazev.ru/sodrssn/319/>> (abgerufen 19.9.2015).

14) Ot stabil'nosti – k blagopoluciju! Predvybornaja programma Partii Regionov. Oficial'nyj sajt Krymskoj respublikanskoj organizacii Partii Regionov, <<http://regioncrimea.org/about-pr-programma-pr/>> (abgerufen 13.1.2014).

15) Zitiert nach: Richard Balmforth / Pavel Polityuk: Ukraine drops plan to go West, turns East to Moscow. Reuters,

21.11.2013, <<http://ca.reuters.com/article/topNews/idCABRE-9AK1GS20131121>> (abgerufen 22.9.2015).

16) Zitiert nach: Joint statement by the President of the European Commission José Manuel Barroso and the President of the European Council Herman Van Rompuy on Ukraine. European Commission – MEMO/13/1052, 25/11/2013, Brussels, 25.11.2013, <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1052_en.htm> (abgerufen 26.9.2015).

17) Zitiert nach: Yanukovych tells Grybauskaitė Kyiv cannot sign agreement with EU because of Russian pressure. Interfax-Ukraine, 22.11.2013, <<http://en.interfax.com.ua/news/genera/176283.html>> (abgerufen 22.9.2015).

18) Janukovic nazval uslovija Evrosojuza unizitel'nymi. BBC Russian Service, 26.11.2013, <http://www.bbc.co.uk/russian/international/2013/11/131126_ukraine_pm_russia.shtml> (abgerufen 27.9.2015).

19) Lilia Shevtsova: Ukrainian Unrest. The Putin-Yanukovych Anti-Western Pact. The American Interest, 26.12.2013, <<http://www.the-american-interest.com/articles/2013/12/26/the-putin-yanukovych-anti-western-pact/>> (abgerufen 26.9.2015).



Die ukrainische Opposition schäumte nach der Absage der Führung an das Assoziationsabkommen, drohte der Regierung mit einem Misstrauensvotum und dem Präsidenten mit der Amtsenthebung. Hunderttausende demonstrierten in mehreren Städten, v.a. aber in Kyiv gegen die Politik Janukovycs, wogegen diesem in erster Linie Tränengas und die Schlagstöcke seiner Polizei einfielen. Es wurde endgültig offensichtlich, dass der Kreml zumindest zu diesem Zeitpunkt drastisch mehr Einfluss auf die Integrationspolitik Janukovycs hatte als die Opposition in- und außerhalb der Obersten Rada (Parlament) der Ukraine selbst, obwohl Barroso meinte, dass „die Zeiten beschränkter Souveränität in Europa vorbei“ seien. Und van Rompuy befand, dass die Versuche Moskaus, die souveräne Wahl der anderen postsowjetischen Republiken zu beeinflussen, die Grundsätze der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verletzen.²⁰ Bildt beschuldigte Russland, eine „Propagandakampagne“ gestartet zu haben, die sich auf „Fehlinformationen und zeitweise offene Lügen über das [EU-Ukraine-]Abkommen“ stütze; Moskau setze die Ukraine „sowohl einem Propagandakrieg wie auch wirtschaftlichem Druck“ aus.²¹

Am 28. Jänner 2014 trat die Regierung Azarov zurück, doch der Folgemonat sah die bis dahin schwersten Zusammenstöße auf den Straßen von Kyiv: Insgesamt wurden ca. 130 Personen, getötet, davon die meisten Oppositionelle – manche mit der Europaflagge in der Hand. Es ist durchaus nicht unangebracht pathetisch, auf diesen Umstand hinzuweisen. Am 22. Februar 2014 entthob die Oberste Rada Janukovyc seines Amtes. Er setzte sich kurz darauf – wie auch viele ehemalige Funkti-

onsträger aus seiner Führung (darunter die meisten früheren Chefs sicherheitsrelevanter Behörden) – nach Russland ab.

Die EU sah sich anlässlich der Vorgänge in und um die Ukraine Herausforderungen in einem Bereich gegenüber, in dem sie kurz zuvor noch kaum aktiv gewesen war: „Brüssel diskutierte mit seinen Juniorpartnern über Stahltarife, Weizenexporte und die Abnahme östlichen Weins – und war bass erstaunt, als es plötzlich um Geopolitik ging“.²² Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, glaubte im Dezember 2013 nicht, dass „die Krise in der Ukraine einen negativen Einfluss auf unsere Beziehungen mit Russland haben sollte“.²³ Die EU war also zu dieser Zeit (d.h. vor der Annexion der Krim) sichtlich bemüht, wegen der scheinbar (zumindest im Vergleich mit anderen internationalen Problemen wie den Folgen der Finanzkrise, dem Bürgerkrieg in Syrien oder dem Atomprogramm des Iran) „unwichtigen“ Ukraine nicht mit Putins zunehmend selbstbewusstem Russland zu „streiten“. Dieser Ansatz hatte mehrere Motive, darunter Brüssels traditionelle „Russland zuerst“-Politik gegenüber dem „postsowjetischen Raum“ (die wiederum ein wichtiges Motiv für viele EU-Politiker war, der Ukraine über viele Jahre hinweg jegliche Aussicht auf Vollmitgliedschaft zu verweigern) und den Umstand, dass keine politische Kraft in einem Mitgliedsland der EU von einem Einsatz für die Ukraine profitieren könnte (so z.B. bei Wahlen oder

20) Zitiert nach: EU to complain to Russia on Ukraine. EU Observer, 29.11.2013, <<http://euobserver.com/foreign/122299>> (abgerufen 23.9.2015).

21) Zitiert nach: Adrian Croft / Justyna Pawlak: EU says door remains open to Ukraine as unity cracks. Reuters, 16.12.2013, <<http://www.reuters.com/article/2013/12/16/us-ukraine-eu-idUSBRE9BE05120131216>> abgerufen (26.9.2015).

22) Christian Neef / Matthias Schepp: Kalt, skrupellos – erfolgreich? Der Spiegel, 16.12.2013, <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-123879294.html>> (abgerufen 27.9.2015); vgl. André Härtel: Aus dem Scheitern lernen – für eine neue Ukraine-Politik Europas. In: Ukraine-Analysen, Nr. 127, 11.2.2014, S. 7-8.

23) Zitiert nach: Situation in Ukraine not to worsen EU-s relations with Russia – Ashton. Ukrinform, 16.12.2013, <http://www.ukrinform.ua/eng/news/situation_in_ukraine_not_to_worsen_eus_relations_with_russia_ashton_314831> (abgerufen 27.9.2015).



auch nur in Gestalt besserer Umfragewerte); im Gegenteil könnten in einem solchen theoretischen Fall politische Mitbewerber argumentieren, dass dies „die Beziehungen zu Russland gefährden“ würde.

3. Einstellungen zur EU in Russland

Den mitunter geradezu beschwörend wirkenden Versicherungen (oder Hoffnungen) in Westeuropa, dass „die Russen“ doch „genauso Europäer sind wie wir“, steht das kontrastierende Bild von Meinungsumfragen in Russland gegenüber, denen zufolge sich eine klare absolute Mehrheit gerade nicht für Europäer hält, sondern für Angehörige einer „besonderen Zivilisation“, die einen „eigenen Weg zwischen Europa und Asien verfolgen“ müsse. Das wiederum steht in völligem Gleichklang mit den (täglich über das Staatsfernsehen vermittelten) politischen Vorgaben des Kremls.

Russländische Stimmen aus Politik, Medien und Politikwissenschaft haben der EU (von der NATO ganz abgesehen) nicht erst seit Beginn der „Ukraine-Krise“, sondern schon lange zuvor immer wieder vorgeworfen, Russland „aus der GUS verdrängen“ zu wollen, unter dem Einfluss Polens und der baltischen Staaten eine „antirussländische Politik“ zu betreiben, die Union auf Kosten russländischer Interessen nach Osten zu erweitern usw. Diesen Zwecken dienen nach fester Moskauer Überzeugung auch EU-Initiativen wie die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Östliche Partnerschaft (2004 bzw. 2009 geschaffen). Versicherungen der EU, dass es ihr nicht um „Einflusszonen“ gehe, werden in Moskau nicht ernst genommen. Die EU würde „die positive Rolle Russlands bestreiten“ und „die Unterschiede zwischen den Völkern [in den GUS-Staaten] und dem russischen Volk betonen.“²⁴

24) T. S. Guzenkova u.a.: Politika Evrosojuza v otnošenii stran postsovetskogo prostranstva v kontekste evrazijskoj integracii. In: Problemy nacional'noj strategii, 2/2015, S. 9-51, hier S. 48.

Die EU als Organisation unterlag somit stets einem Irrtum, wenn sie gegenüber Moskau auf eine „wohlwollendere Behandlung“ als die in Russland höchst unbeliebte NATO mit der Führungsmacht USA hoffte. Aktuelle Meinungsumfragen zufolge haben ca. zwei Drittel der Russen eine negative Meinung von der EU, womit sie nur wenig „populärer“ ist als die USA.²⁵ Putin und dem ganzen russländischen Establishment ist ihr Image in der EU nicht bloß gleichgültig; wie Hans-Georg Heinrich, profunder Russland-Kenner und Leiter des Wiener Think tanks ICEUR, betonte, „verachtet“ Putin die EU sogar.²⁶ Die „Ukraine-Krise“ ist für die russländische politische Elite eine (weitere) Möglichkeit, die EU bzw. das von ihr schroff abgelehnte „Gayreupa“ „vorzuführen“ und, wenn irgendwie möglich, in den Augen der russländischen, aber auch der Weltöffentlichkeit der Lächerlichkeit preiszugeben. Ein offenes Geheimnis ist die (zeitweise auch finanzielle, so z.B. für die französische „Front National“) Unterstützung des Kremls für links- und rechtsradikale bzw. -populistische Gegner des europäischen Projekts gleichermaßen, die wiederum ihrerseits demonstrativ „Ergebnisadressen“ nach Moskau senden. Der bekannte Osteuropahistoriker Andreas Kappeler befand, dass Moskau „systematisch“ versucht, „die EU zu spalten“.²⁷ Noch weiter ging der US-Historiker Timothy Snyder, der Putin die Absicht unterstellte, „mit seinem Krieg in der Ukraine unverhohlen das Ziel“ zu verfolgen, die EU „als universalistisches Projekt, dem die Ukraine angehören könnte, zu zerstören“.²⁸

25) Il'ja Jablokov: Feinde, Verräter, Fünfte Kolonnen. In: Osteuropa, 4/2015, S. 99-114, hier S. 99.

26) Zitiert nach: Eduard Steiner: Putins Faible fürs Bilaterale. In: Die Presse, 6.6.2014, <<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/3817881/Putins-Faible-furs-Bilaterale?from=suche.intern.portal>> (abgerufen 13.9.2015).

27) Andreas Kappeler: Die Ukraine – ein Land zwischen West und Ost. Infoaktuell (Informationen zur politischen Bildung), 28/2015, S. 22.

28) Timothy Snyder: Am Rande Europas. Russland, die Ukraine und die Zukunft des europäischen Projekts. In: Internationale Politik, September/Oktober 2015, S. 88-95, hier S. 89.



4. „Integrationskonkurrenz“?

Der GUS kommt unbestritten die erste Priorität der russländischen Außen- und Sicherheitspolitik zu, und das wird sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern. Die postsowjetischen Republiken besaßen aus Moskauer Sicht immer nur beschränkte Souveränität. Der Kreml strebt eine größtmögliche „Integration“ auf allen Gebieten – Politik, Wirtschaft, Militär, aber auch Kultur, Medien und Wissenschaft – unter seiner Führung an. Dabei ist Moskau bemüht, seine Initiativen zur „Integration“ in der GUS als voll in einem „internationalen Trend“ liegend darzustellen, und bemühte zeitweise sogar das Vorbild der EU. Mit dieser hat die „Integration“ in der GUS allerdings nicht mehr gemeinsam als den Namen.

Der in nicht wenigen westeuropäischen Publikationen²⁹ anzutreffende Begriff „Integrationskonkurrenz“ zwischen der EU und Russland – die angeblich die Ukraine betreffe, was letztlich zur aktuellen Lage geführt habe – ist wenig glücklich gewählt. Er impliziert nämlich, dass man in Brüssel und Moskau ein gleiches oder ähnliches Verständnis von „Integration“ hat, doch ist das offenkundig nicht der Fall. Insbesondere verdeckt er die zahlreichen Unterschiede zwischen den Integrationskonzeptionen der EU und Russlands (für die GUS). So gibt es in der EU kein Land, dessen wirtschaftliches, politisches, militärisches usw. Potenzial das aller anderen (aktiven wie potenziellen) Mitglieder der „Integration“ übertrifft wie das bei Russland in der GUS der Fall ist. Und „Integration“ in der GUS impliziert aus russländischer Sicht nicht eine freiwillige Kooperation gleichberechtigter Mitgliedsländer, sondern Unterordnung möglichst vieler anderer

früherer Sowjetrepubliken unter die Moskauer Vorgaben und Interessen. Zudem findet die „Integration“ in der GUS zwischen mehr oder weniger autoritär regierten Staaten statt (lediglich Kirgisien kann als „demokratische Ausnahme“ gelten) – und nicht ausschließlich zwischen Demokratien wie in der EU. „Engere Integration“ soll aus Moskauer Sicht auf eine verstärkte Kontrolle über die Politik der anderen GUS-Republiken bzw. deren aktive Mitbestimmung durch Russland hinauslaufen.³⁰ Demgegenüber gibt es in der EU kein einzelnes Land, das auf „Integration“ drängt, um die anderen Mitglieder in (s)ein „politisches Korsett“ zu zwingen.

5. Energiepolitische Verflechtungen und Abhängigkeiten vor dem Hintergrund der „Ukraine-Krise“

Nach dem Willen der Führung in Moskau sollen die Ansprüche auf den Status einer Weltmacht nicht nur durch ostentative Hinweise auf das russländische Militärpotenzial, sondern auch mit dem – inoffiziellen – Konzept einer „Energiegroßmacht“ unterstrichen werden: Russland möchte so viele Länder in- und außerhalb der GUS zu Kunden seiner Erdöl- und Erdgasindustrie machen, Anteile an ausländischen Energieversorgungsunternehmen erwerben und möglichst die Versorgungslinien bis zu den Endabnehmern kontrollieren.

Die in den Außenministerien einiger EU-Mitgliedsländer angestrebte „Annäherung durch Verflechtung“ (so das deutsche Auswärtige Amt insbesondere in der ersten Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier von 2005 bis 2009) mit Russland auch und gerade im Energiebereich impliziert eine Logik, die von der Denk- und Handlungsweise der gegenwärtigen russländischen Elite weit entfernt ist und zudem die Frage ignoriert, wie erstrebens-

29) Vgl. z.B. Egbert Jahn: Neuauflage des Ost-West-Konflikts? Friedenspolitische Herausforderungen durch die neuen Kriege in Europa. In: Osteuropa, 3/2015, S. 25-45, hier S. 26, 30. – In russländischen Publikationen kann man den offenbar mit der gleichen Bedeutung versehenen Begriff „Kollision von Integrationsprojekten“ finden (vgl. z.B. Guzenkova a.a.O., S. 10).

30) Vgl. Martin Malek: „Integration“ in der GUS und die Politik Russlands. In: Landesverteidigungsakademie (Hrsg.): Integration in der GUS. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 3/2010, S. 21-67.



wert grundsätzlich die „Verflechtung“ einer Gemeinschaft von demokratischen Staaten (wie es die EU zu sein beansprucht) mit einem von einem zunehmend autoritären und national-konservativen Regime regierten Land wie Russland ist, dessen Wirtschaft internationale Rankings als notorisch korrupt führen.

Gazprom, einer der größten Energieversorger der Welt, kommt bei der Umsetzung der „Energieaußenpolitik“ Russlands auch und gerade jenseits der Grenzen der früheren UdSSR eine zentrale Bedeutung zu. In der russländischen Presse wird die außenpolitische Bedeutung von Gazprom, das etwa ein Viertel der weltweiten Erdgasreserven kontrolliert, nicht selten mit den Kernwaffen Russlands verglichen. Gazprom ist (wie auch Rosneft, Russlands größte Erdölgesellschaft) kein unabhängiges und gewinnorientiertes Unternehmen, sondern ein politisches Werkzeug in den Händen von Putin und seiner Präsidentialadministration. Und so prallt bei den energiewirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland ein „liberaler, verbraucherorientierter EU-Energiesektor [...] auf einen russländischen Monopolisten, der sich statt auf Win-Win-Transaktionen auf eine politische Kontrolle seiner Geschäftspartner konzentriert.“³¹

Die EU vertritt offiziell die Meinung, dass ihre Einkäufe von Energieträgern in Russland „sehr signifikant zum derzeitigen Wirtschaftsaufschwung in Russland und den verbesserten Lebensbedingungen seiner Bevölkerung beitragen.“³² Nur wenige westliche Beobachter, darunter der in Kyiv arbeitende deutsche Politikwissenschaftler Andreas Umland, verweisen demgegenüber auf den Umstand, dass die EU ein „unfreiwilliger Sponsor von Moskaus außenpolitischen Abenteuern in der Uk-

raine sowie in Georgien und Moldau“ ist.³³ Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gelangte zu dieser Einsicht („[...] ist Europa durch seine Gas- und Ölimporte aus Russland de facto der Hauptfinanzier der russischen Eroberungspolitik.“³⁴), allerdings ohne damit den Diskurs in der EU zu den Beziehungen mit Russland im Energiebereich irgendwie zu beeinflussen.

6. Einige ausgewählte Empfehlungen an die EU

Die heutige Lage ist auch eine Konsequenz von Versäumnissen der Vergangenheit. So beschäftigte man sich in der EU viele Jahre lang kaum mit dem Umstand, dass maßgebliche Kreise in Russland das ukrainische Volk lediglich für eine „Subethnie“ der „großen russischen Nation“ halten und der Ukraine das Recht auf Unabhängigkeit in ihren Grenzen von 1991 explizit aberkennen.

Die EU lastet Russland auf ihrer Homepage eine „Aggression“ seiner Streitkräfte auf ukrainischem Gebiet an – und meint doch im gleichen Atemzug, dass „die EU und Russland arbeiten, um die Rollen der UNO, der OSZE und des Europarates beim Aufbau einer internationalen Ordnung, die auf einem effektiven Multilateralismus beruht, zu stärken.“³⁵ Solche Widersprüche fügen der Effektivität der gesamten EU-Politik gegenüber Russland empfindlichen Schaden zu. Und mancherorts immer noch populäre Lösungen wie „Man kann Sicherheit in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland aufbauen“ ignorieren, dass Moskau nicht

31) Jaroslaw Cwick-Karpowicz / Jakub Godzimirski / Zuzanna Nowak: Macht aus der Pipeline. Russlands Energiepolitik und die EU. In: Osteuropa, 3/2015, S. 151-161, hier S. 159.

32) EU Relations with Russia. External Action, <http://eeas.europa.eu/russia/about/index_en.htm> (abgerufen 4. Oktober 2015).

33) Andreas Umland: Eigene Atomwaffen? Lieber behalten! In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2.8.2015, S. 3.

34) Konrad Schuller: Der Westen liegt heute im Osten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/denk-ich-an-deutschland-1/ukraine-krise-der-westen-liegt-heute-im-osten-13794914.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2> (abgerufen 18.9.2015).

35) EU Relations with Russia, a.a.O.



ein Teil der Lösung, sondern des Problems ist. Die Anhänger solcher Slogans haben es auch bisher verabsäumt, eine praktikable Strategie für die „Einbindung“ eines Landes vorzuschlagen, das Grenzen mit Gewalt verschiebt.

Es wäre an der Zeit einzubekennen, dass die in der EU lange vorherrschende Vorstellung von Russland als „strategischem Partner“ nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Aus der Einsicht, dass sich nicht alle Interessengegensätze zwischen den beiden Seiten durch Kompromisse auflösen lassen und dass die Beziehungen vermutlich für die kommenden Jahre kühl bleiben werden, müssten praktische Konsequenzen resultieren – und zwar in Gestalt einer proaktiven Politik der EU an der Stelle demonstrativ zurückhaltender und verspäteter Reaktionen auf die jeweils letzten politischen, wirtschaftlichen, propagandistischen und militärischen Aktionen des Kremls.

Wie Winfried Schneider-Deters bereits vor den Ereignissen seit dem Winter 2013/2014 bemerkte, ist die Ukraine-Politik der EU widersprüchlich: Einerseits fördere Brüssel die „europäische Integration“ Kyivs nicht nur in fast allen ihren funktionalen Programmen, sondern auch die Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung an europäische Normen; doch andererseits verstelle „die EU der Ukraine kategorisch die Aussicht auf Mitgliedschaft, auf ihre institutionelle Integration.“ Daraus resultiere eine „stillschweigende Anerkennung des Anspruchs Moskaus, die Ukraine ‚gehöre‘ zu Russlands ‚Sphäre privilegierter Interessen‘, durch die EU.³⁶ Zudem würde eine volle Teilhabe Kyivs am europäischen Integrationsprozess sehr wahrscheinlich dazu beitragen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung vor Menschen- und Bürgerrechten sowie die Werte einer Zivilgesellschaft zu fördern und die ukrainische Nation zu konsolidieren. Insbesondere „prowestliche“ Exponenten in der Ukraine meinten

denn auch, dass „Europa [...] heute der wichtigste Integrationsfaktor unserer Nation“ sei.³⁷

Putins Russland wendet seit Februar 2014 militärische Gewalt an, um zu verhindern, dass sich das „europäische Modell“ in Osteuropa weiter – und konkret auf die Ukraine – ausbreitet. Es hat „bei seiner Vorgangsweise auf der Krim und dann im Donbass keinen nennenswerten Widerstand des Westens wahrgenommen.“³⁸ Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama

„haben schon 2014 so eilig und so klar versichert, dass es auf Russlands Aggression keine militärische Antwort geben werde, dass Moskau das nur als Ermutigung verstehen konnte. Folgerichtig hat die bislang wichtigste russische Militäroperation, die Schlacht von Ilowajsk im August 2014, nur Stunden nach einem Besuch Merkels in Kiew begonnen, auf dem sie ein weiteres Mal ihr Mantra wiederholt hatte, es gebe ‚keine militärische Lösung‘.“³⁹

Leszek Balcerowicz, Ökonom und ehemaliger Vizepremier Polens, meinte im gleichen Kontext: „Wenn wir die Spieltheorie als Basis für eine Analyse nehmen, dann sehen wir, dass schwache Reaktionen üblicherweise größere Risiken hervorrufen.“⁴⁰ Es ist daher nicht auszuschließen,

37) So z.B. Ex-Präsident Viktor Jušcenko; vgl. sein Interview: Gerhard Gnauck: „Russland will uns kolonialisieren“. In: Die Welt, 27.11.2013, <<http://www.welt.de/politik/ausland/article122297200/Russland-will-uns-kolonialisieren.html>> (abgerufen 27.9.2015).

38) Interview mit Anna Schor-Tschudnowskaja, zitiert nach: Gunther Neumann: „Russland ist wie ein enttäuschter Liebhaber“. In: Wiener Zeitung, 22./23.8.2015, S. 36-37, hier S. 37.

39) Schuller a.a.O.

40) Igor Lyubashenko: A Weak Response Produces Bigger Risks (Interview). In: New Eastern Europe, 3-4/2015, S. 137-143, hier S. 140.

36) Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. Berlin 2012, S. 86.



dass sich Putin irgendwann wieder auf „Abenteuer“ einlässt – und dann vielleicht sogar gegen EU-Mitglieder selbst, was der Union die wohl größte Herausforderung ihrer Geschichte bereiten würde.

Die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen sind zweifellos potenziell sehr exponiert: sie sind klein und haben nur minimale eigene Kräfte, um sich militärisch selbst zu schützen; sie liegen in unmittelbarer Nähe von Stationierungsorten von erheblichem russländischen Militärpotenzial; und sie haben (mit der Ausnahme Litauens) große ethnisch russische bzw. „russischsprachige“ Minderheiten. Die EU sollte sich daher konkret überlegen, was sie im Falle des Beginns eines „hybriden Krieges“⁴¹ gegen die baltischen Republiken (der morgen, aber auch erst in einigen Jahren beginnen kann; zwischen den russländischen Militärinterventionen gegen Georgien 2008 und die Ukraine 2014 verstrichen ja auch über fünf Jahre) zu tun gedenkt. Die oft gehörte Antwort, sich einen „hybriden Krieg“ gegen die Balten „einfach nicht vorstellen“ zu können, weil diese ja auch der NATO angehören, ist offenkundig unzureichend: Hätte man Fachleute für die Ukraine im Jänner 2014 befragt, ob sie sich vorstellen können, dass die Krim in einigen Wochen „russländisch“ sein wird, hätten auch fast alle mit „Nein“ geantwortet. Oder anders formuliert: Das „Undenkbare“ ist nur so lange „undenkbar“, bis es faktisch eintritt.

Die Lage in und um die Ukraine schafft massive demokratiepolitische und Werte-Probleme: Das autoritär regierte Russland annektiert Territorium der demokratische(re)n Ukraine, stürzt deren östlichen Landesteile in einen Krieg, führt einen Wirtschafts- und Informationskrieg – und die EU, die beansprucht, demokratische Werte zu verkörpern, bleibt weitgehend passiv. Auf diese Weise macht sie sich nicht nur als Organisation unglaubwürdig,

sondern erleichtert es Moskau (und anderen autoritären Regimen), die Werte der EU als „inhaltslose Klischees“ zu desavouieren. Snyder diagnostizierte denn auch:

„Die Botschaft der russischen Propaganda ist klar: Sich für Europa einzusetzen [...] ist sinnlos, denn Freiheit und Demokratie sind nichts anderes als Heuchelei, die Banner einer zum Untergang verurteilten Ordnung. Und die Geschichte bietet keine andere Lehre als die der nackten Macht.“⁴²

Die EU wäre daher gut beraten, ihre offiziell bis heute vertretene offizielle Position, wonach die Kooperation mit Russland „auf der Grundlage gemeinsamer Werte wie Demokratie sowie Respekt für Menschenrechte und Grundfreiheiten stattfindet“⁴³, einer kritischen Analyse zu unterziehen und gleichzeitig klar und deutlich zu ihren Werten zu stehen – auch und gerade in einer Zeit, in der das nicht einfach ist und viele in der EU nach „Pragmatismus“ rufen, „Verständnis angesichts der NATO-Osterweiterung“ oder einen „anderen Umgang“ mit Russland (sprich: noch mehr Nachgiebigkeit) verlangen. Andernfalls droht sich die EU unglaubwürdig zu machen – und zwar nicht nur an und für sich, sondern auch in den Augen von pro-europäisch gesinnten Menschen in der Ukraine wie auch in oppositionellen Kreisen in Russland, dessen Führung längst auf eine „prinzipielle Abgrenzung vom Westen“ setzt.⁴⁴

Stefan Meister warnte die EU insbesondere davor, die Unverletzlichkeit der Grenzen sowie die Souveränität der postsowjetischen Republiken zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Wenn die

41) Vgl. dazu Martin Malek: Moskaus Schlachtpläne. Hintergründe zu Russlands Krieg in der Ukraine. In: Osteuropa, 9-10/2014, S. 97-117.

42) Snyder a.a.O.

43) EU Relations with Russia, a.a.O.

44) Matthias Dembinski / Hans-Joachim Schmidt / Hans-Joachim Spanger: Einhegung: Die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung. HSFK-Report, 3/2014, S. 3.



Union das tue, sei sie „als wertebasierter Akteur gescheitert“. Werteorientierung sollte es der EU auch verbieten, „mit einem autoritären Regime [Putins] die Zukunft Europas auszuhandeln.“⁴⁵ Anzeichen für eine gewisse ukrainische Enttäuschung angesichts der „Vorsicht“ der EU gegenüber Moskau und für den daraus resultierenden Eindruck, sich nur auf die eigenen Kräfte verlassen zu können, spiegeln sich in Slogans wie „Wir haben Europa gesucht und die Ukraine gefunden“ wider.

„Putin muss klar gemacht werden, dass seine Aggressionen einen Preis haben“⁴⁶ – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes: Die EU sollte, schon alleine um seine künftige wirtschaftliche Basis für neue Kriege und außenpolitische Abenteuer zu schmälern, ein Programm zur Reduzierung der Abhängigkeit von russländischen Energieträgern und zur Diversifizierung der Versorgung ausarbeiten und so rasch wie möglich umsetzen. Eines von dessen Komponenten könnte der Import von verflüssigtem Erdgas (liquefied natural gas – LNG) u.a. aus den USA in die EU sein. Die USA waren noch bis vor kurzem einer der weltgrößten Importeure von Energieträgern, gehören aber nun dank der Ausbeutung von Schieferlagerstätten zu den führenden Öl- und Gasproduzenten.

Von einem „Bürgerkrieg“ in der Ukraine konnte nie auch nur in Ansätzen die Rede sein – auch wenn nicht wenige in Politik und Wirtschaft der EU diese Moskauer Darstellung der Ereignisse zu gerne glauben möchten. Russland führt auch einen Wirtschaftskrieg gegen die Ukraine, der die EU nicht gleichgültig lassen kann. Sie könnte Kyiv bald noch mehr unterstützen „müssen“, um ihren Staatsbankrott (mit allen daraus resultierenden Konsequenzen) abzuwenden – und das zu einer

Zeit, da immer neue „letzte Hilfspakete geschnürt“ werden müssen, um einen Staatsbankrott Griechenlands zu verhindern: Bei einem wirtschaftlichen Kollaps der Ukraine (von einem Zusammenbruch des ganzen Staates etwa aufgrund einer russländischen Großinvasion ganz abgesehen) würden zweifellos Millionen Personen versuchen, in eine EU zu gelangen, die bereits jetzt massive Probleme bei der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika, Afghanistan usw. hat.

Entsprechend der Politikziele der EU im Rahmen der Kooperation mit Russland bei der auswärtigen Sicherheit gehören die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel, eine Verstärkung der Kontrollregimes und Abrüstung zu den fünf „prioritären Bereichen“.⁴⁷ So sollte die EU auch vor dem Hintergrund der „Ukraine-Krise“ dem Schicksal des Atomwaffensperrvertrages Aufmerksamkeit widmen: Er hat durch Putins Vorgehen insofern massiven Schaden genommen, als Russland (mit den USA und Großbritannien) zu den „Garantiemächten“ des Budapester Memorandums von 1994 gehört hatte, das der Ukraine gegen die Abgabe ihrer aus sowjetischen Zeiten stammenden Kernwaffen Sicherheit und unverletzliche Grenzen zugesichert hatte. Dazu Umland:

„Wenn eine Garantiemacht des internationalen Atomwaffensperrregimes [gemeint: Russland] derart demonstrativ die Unverletzbarkeit der Grenzen [der Ukraine] in Frage stellt, scheint die Nachricht an alle heutigen und künftigen Staatsführer klar: Ein eigenes atomares Abschreckungspotential ist das einzige wirksame Instrument zur nachhaltigen Sicherung politischer Souveränität.“⁴⁸

45) Stefan Meister: Politik der Illusionen. Ein Ausgleich mit Russland auf Grundlage einer EU-EWU-Partnerschaft ist irrig. In: Internationale Politik, März/April 2015, S. 76-81, hier S. 78, 80.

46) Schuller a.a.O.

47) EU Relations with Russia, a.a.O.

48) Umland a.a.O. (Anm. 33).



7. Perspektiven

Ohne technologischen Durchbruch wird auch in der überschaubaren Zukunft die Elektrizitätsgewinnung in der EU stark von Erdgas abhängen, und der Straßen- und Luftverkehr dürfte auch noch 2030 in erster Linie auf Ölprodukten beruhen. Daher wird die Sicherheit der Versorgung mit diesen beiden Energieträgern für Wirtschaft und Infrastruktur der EU auf lange Sicht entscheidend sein, was auf verschiedenen Ebenen politischen Niederschlag finden sollte. Die „Russland zuerst“-Politik, welche die EU lange verfolgt hat, war offenbar unzureichend und sehr wahrscheinlich sogar kontraproduktiv für ihre Energiesicherheit: Obwohl die EU der größte Öl- und Gaskunde Russlands ist, bestimmt überwiegend Moskau die „Spielregeln“.

Gazprom strebt sichtlich eine Vormachtstellung in der Erdgasversorgung und den Verteilernetzwerken in Europa an. Der Bau immer neuer Gaspipelines, die die EU mit Russland verbinden (wie Nord Stream), erhöht die Versorgungssicherheit nicht nur nicht, sondern stellt sie angesichts der manifesten russländischen Aktivitäten, mit Energielieferungen Politik zu machen, in Frage. Dank der Kontrolle über die entsprechende Infrastruktur in einigen Transitländern beschränkt Russland den Marktzugang für andere potenzielle Versorger. Ohne Gegenmaßnahmen könnte die Energiesicherheit der EU lange vor 2030 weitgehend vom Wohlwollen Moskaus abhängen, was ihm übermäßigen und potenziell problematischen Einfluss auf die europäische Entscheidungsfindung nicht nur im Bereich der Energiepolitik einräumen würde.

Es dürfte aber innerhalb der EU sehr schwierig werden, sich auf ein Programm zur Reduzierung der Abhängigkeiten von russländischem Erdöl und Erdgas zu einigen. So ist die Energiepolitik zum Großteil bisher immer noch Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten, die Moskau gegeneinander ausspielen und/oder mit „individuellen“ Angeboten (d.h. bilateralen energiepolitischen Beziehungen) ködern kann. Und es gibt in der EU nicht wenige einflussreiche Lobbyisten für die (so offiziell)

„Kooperation mit Russland“ (der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder ist nur der bekannteste), die vehement gegen alles auftreten, was die EU-Abhängigkeit von Russlands Energieträgern abbauen könnte.

So zeichnet sich eine Strategie der EU oder auch nur einzelner ihrer Mitglieder zur Reduzierung der Abhängigkeit von Russland nicht ab – im Gegenteil. Österreich liefert dafür gerade ein gutes Beispiel: Der neue Generaldirektor der OMV, der Deutsche Rainer Seele, strebt nach eigenen Worten eine Partnerschaft mit Gazprom „von Sibirien bis mitten nach Europa“ an.⁴⁹ Seele gilt als enger Vertrauter der russländischen (Wirtschafts-)Elite. Und wie steht es um die angeblich „weitreichenden Wirtschaftssanktionen“⁵⁰ der EU gegen Russland, die am 1. August und am 12. September 2014 erklärt wurden, wenn sie nicht einmal (den bis Ende 2015 abzuwickelnden) Verkauf sämtlicher Gasspeicher von BASF an Gazprom verhindern, womit dieses Zugriff auf ca. ein Viertel der deutschen Gasspeicher (die eigentlich dazu da sein sollten, Deutschlands Abhängigkeit von russländischem Gas zu verringern) bekommt?⁵¹ Die gleiche Frage an die Effektivität der EU-Sanktionen lässt sich auch aus Anlass des Abschlusses eines bindenden Abkommens über eine Erweiterung der Nord Stream-Pipeline am 4. September 2015 stellen,⁵² die aus Moskauer Sicht auch und gerade das Ziel

49) Zitiert nach: Matthias Auer: OMV: Mehr Geld, mehr Risiko, mehr Russland. In: Die Presse, 13.8.2015, S. 15.

50) Ulrich Schmid: UA – Ukraine zwischen Ost und West. Schriftenreihe der Vontobel-Stiftung, Zürich 2015, S. 91.

51) BASF verkauft alle deutschen Gasspeicher an Russen. In: Die Welt, 4.9.2015, <<http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article146029254/BASF-verkauft-alle-deutschen-Gasspeicher-an-Russen.html>> (abgerufen 6.9.2015).

52) Vladimir Socor: Nord Stream Expansion Agreed, Wintershall Swapped to Gazprom (Part One). Eurasia Daily Monitor, 10.9.2015, Volume 12, Issue 162.



verfolgt, die Relevanz der Ukraine als Transitland für russländisches Gas zu minimieren.⁵³

Die EU-Sanktionen sind somit eher ein Symbol denn ein echter „Hebel“ zur Beeinflussung der russländischen Politik. Ganz sicher sind sie völlig ungeeignet, Russland zu „destabilisieren“ (wie das etwa der deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel befürchtete), und sie haben keinesfalls die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Russlands verursacht; diese gehen auf den niedrigen Ölpreis und die enormen Rüstungs-, Militär- und Sicherheitsausgaben zurück, die andere Budgetposten, so für Soziales, Gesundheit, Bildung usw., zwangsläufig unter Druck bringen. In Moskau verfolgt man jedoch zweifellos genau die in mehreren EU-Ländern immer wieder erhobenen Forderungen aus ganz verschiedenen politischen Lagern

nach Aufhebung der Sanktionen. Balcerowicz warnte ausdrücklich davor:

„If the West lifts the sanctions, it de facto recognises Russia's aggression. This would have negative consequences not only for Ukraine, but also for peace in the world. It would simply mean that aggression pays off. What Putin did is a violation of one of the principal rules of the modern world – respect for territorial integrity.“⁵⁴

Der polnische Publizist Adam Krzeminski bezeichnete die Ukraine als „Testfall für Europa.“⁵⁵ Ihm ist kaum zu widersprechen: Die Art des Umgangs der EU mit der „Ukraine-Krise“ wird für die Sicherheit und Stabilität des ganzen Kontinents (d.h. nicht nur der Union) mit entscheidend sein.

53) Der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jacenjuk schätzte die jährlichen Verluste seines Landes an Transitgebühren auf 2 Mrd. Dollar; nach: Zagovor Putina s Velikobritanijej i Germanijej po „Severnomu potoku – 2“ lišit Ukrainu 2 milliardov dollarov prybyli v god – Jacenjuk. NEWSru.ua, 18.9.2015, <<http://rus.newsru.ua/finance/18sep2015/pozbawytyprybutku.html>> (abgerufen 18.9.2015).

54) Lyubashenko a.a.O., S. 140f.

55) Adam Krzeminski: Emanzipation und Selbstbehauptung. Die ukrainische Frage, der Westen und Russland. In: Osteuropa, 3/2015, S. 3-23, hier S. 23.



Über den Autor

Dr. phil. Martin Malek promovierte 1991 in Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ab 1998 (ziviler) wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landesverteidigungsakademie (Wien), zunächst am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, ab 2010 am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik. Arbeitet u.a. am Monitoring von ethnischen Konflikten in der GUS, der Analyse von Sicherheits- und Militärpolitik der GUS-Staaten, den Beziehungen zwischen der GUS und der EU bzw. NATO, failed-states-Theorien sowie Energiepolitik in Eurasien. Gastforscheraufenthalte in Russland, der Ukraine, Deutschland und den USA. Lehrtätigkeit u.a. an der Landesverteidigungsakademie und der Universität Wien. Verfasser von ca. 300 in einem Dutzend Ländern erschienenen Publikationen. Letzte Buchveröffentlichung: „Der Zerfall der Sowjetunion“. Baden-Baden 2013 (Co-Herausgeber, mit Anna Schor-Tschudnowskaja).

Kontakt: malek65_at@yahoo.de

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen der Organisation, für die der Autor arbeitet, überein.

Zitation

Malek, M. (2015). *Die Ukraine-Krise und die Beziehungen zwischen der EU und Russland: Empfehlungen und Perspektiven*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 32'2015 - Langfassung

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt
Verantwortlich: Christoph Breinschmid, M.A.

Tel.: +43 1 533 4999
Fax: +43 1 533 4999 – 40
E-Mail: policybriefs@oegfe.at
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>